Namslauer Stadtblatt

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1.35 Goldmark. Postbezug nur für den Kalendermonat. Orts- und Auskunftsgebühr 30 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Zeitungsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Für richtige Wiedergabe unleserlich geschriebener oder durch Fernsprecher übermittelter Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Auswärtige 25 Goldpfennig, im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. Schluß der Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor bis 10 Uhr vormittags. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.

60. Jahrgang. — **Fernsprecher 94.**

Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hans Tietze, Wilkau.

Nr. 274 — Dienstag den 22. November — **1932.**

Die Verhandlungen bei Hindenburg.

Berlin, 19. November.

Die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern haben gestern begonnen, und zwar ist als erster Geheimrat Hugenberg empfangen worden. Die anderen Besprechungen fanden erst gegen Abend statt. Um 6 Uhr wurde Prälat Kaas vom Reichspräsidenten empfangen, und im Anschluß daran Abgeordneter Dingeldey. Ueber den Inhalt dieser Unterredungen wird, wie es bereits angekündigt wurde, an den amtlichen Stellen strengstes Stillschweigen bewahrt werden. In unterrichteten Kreisen erwartet man aber auch nicht, daß sich schon irgendwelche positiven Resultate ergeben oder auch nur Möglichkeiten, die einen Schluß auf den Ausgang der Aktion des Reichspräsidenten erlauben.

Das wichtigste ist zunächst vielmehr die Frage, wie sich Adolf Hitler bei seinem heutigen Empfang einstellen wird, ob er nämlich an seiner Forderung, ihm die Führung zu übertragen, festhält, oder ob er bereit ist, sich in den Kreis der Pläne des Reichspräsidenten einzugliedern. Ehe hierüber nicht Klarheit geschaffen ist, hat es nach Auffassung der Berliner politischen Kreise gar keinen Sinn, Vermutungen über den Ausgang der ganzen Verhandlungen anzustellen.

Die Einladung des Reichspräsidenten hat Adolf Hitler angenommen und ist mittels Sonderflugzeugs von München in Berlin eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich Straßer und Frick, sein persönlicher Adjutant und die beiden Leiter seiner Presseabteilung. Der Präsident des alten Reichstages, Göring, der sich in Rom zur Teilnahme an den Feiern der faschistischen Akademie aufhielt, ist im Flugzeug nach Deutschland gestartet und ebenfalls im Laufe des gestrigen Tages mit dem Flugzeug in Berlin eingetroffen.

Der Reichspräsident hat in den Besprechungen bisher nur den Wunsch geäußert, die Auffassung der Parteiführer über die Lage und über die Möglichkeit der Bildung einer nationalen Konzentration kennenzulernen.

Aufträge zur Kabinettsbildung werden in den ersten Besprechungen von dem Reichspräsidenten nicht erteilt worden.

Es ist auch nicht anzunehmen, daß der Reichspräsident eine Persönlichkeit mit der Führung der weiteren Verhandlungen beauftragt, jedenfalls geht vorläufig die Absicht des Reichspräsidenten dahin,

die Parteiführer zu bitten, sich gemeinsam an den Verhandlungstisch zu setzen und sich über die Möglichkeiten einer nationalen Konzentration auszusprechen.

Hindenburg will die Einzelheiten der Verhandlungen erst nach dem Empfang der Parteiführer festlegen.

Er hat sich auch in dieser Frage völlige Entschlußfreiheit vorbehalten.

Auch die Entscheidung über die Form des Empfangs für die einzelnen Parteiführer hat sich der Reichspräsident vorbehalten, einschließlich der Frage, ob andere Persönlichkeiten zu dem Empfang hinzugezogen werden. Der Reichspräsident hat die Absicht, die Empfänge möglichst alle in gleicher Form vorzunehmen.

Echo der Presse

Der „Völkische Beobachter"

schreibt zum Rücktritt des Kabinetts von Papen, eine Regierung, hinter der kein Volk stehe, sei den schweren Aufgaben, die in den Schicksalsstunden des Deutschen Reiches gelöst werden müssen, nicht mehr gewachsen. An dieser Unmöglichkeit sei Herr von Papen gescheitert. Es sei wahrlich nicht zu viel verlangt, wenn endlich auch an verantwortlicher Stelle dem Willen und der Meinung des Volkes Rechnung getragen werde, und diese Meinung gehe dahin, daß nunmehr die Stunde gekommen sei, in der ohne Zwischenlösung Adolf Hitler zum Kanzler ernannt werden müsse. Man müsse Deutschland nationalsozialistisch führen, um zu verhindern, daß es bolschewistisch werde.

Die „Germania",

die den Rücktrittsbeschluß als einen großen Dienst bezeichnet, der dem Lande erwiesen worden sei, spricht von der Chance der Parteien, denen der Weg zur Neuordnung jetzt frei gemacht worden sei. In diesem Sinne werde jetzt vor allem deutlicher und folgenreicher, als es am 13. August geschehen sei, die Nationalsozialistische Partei vor die große Frage ihrer politischen Bewährung gestellt werden. Die Zentrumspartei habe bereits in klaren Worten zum Ausdruck gebracht, daß sie für das Ziel der Schaffung einer starken, volksverbundenen Führung und für die beschleunigte Durchführung ihrer Aufgaben jede verantwortbare Mitarbeit zur Verfügung stelle.

Die „Vossische Zeitung"

erkennt an, daß der Reichspräsident den Parteien eine sehr faire Chance gebe. Man hätte nur gewünscht, daß sie auch auf die Sozialdemokraten ausgedehnt worden wäre. Wer es gut mit Deutschland meine, werde alles dafür einsetzen, daß die Lösung der Regierungskrise eine Befreiung von dem schweren Alpdruck werde, der seit Monaten auf uns lastet.

Der „Lokal-Anzeiger",

der hervorhebt, daß der Rücktritt des Kabinetts nicht etwa eine Wendung in den Aufgaben Papens als Reichskommissar für Preußen und keinerlei Veränderungen in den Aufgaben der kommissarischen Minister bedeute, bezweifelt es, ob den Parteien aus Eigenem die Erreichung eines Zieles gelingen werde, für das sie sich dem Vertreter eines autoritären Regierungsprinzips versagten, nicht um seiner Person willen, so sehr sie diesen Anschein erweckten, sondern seines Prinzips wegen. Der drohenden Gefahr unabsehbarer Verschleppung werde der Reichspräsident nicht Raum zur Ausbreitung lassen wollen.

Der „Vorwärts"

fordert eine Regierung, die das Gegenteil der Regierung Papen sei; sie könne darum kein „papenähnliches" Gebilde und auch keine Regierung Hitler sein. Entweder der Reichspräsident fände einen Staatsmann von Format, der sich trotz allem seine Mehrheit schafft, oder er behelfe sich mit einer Beamtenregierung. Denn was wir fordern, so schreibt das Blatt, ist nicht der Rücktritt dieser oder jener Person, sondern das Verschwinden eines Systems.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung"

erinnert an ihre Forderung, Hitler zu berufen. Es wäre tatsächlich ein politisches Ereignis von größter Tragweite, wenn es nach vielen Irrungen und Wirrungen doch noch gelänge, den alten Feldmarschall und den jungen Führer der stürmischen nationalsozialistischen Bewegung zusammenzubringen.

Ausländische Blätterstimmen

London: Entscheidung bei den Parteien.

Zum Rücktritt des deutschen Kabinetts schreibt „Financial News": Nachdem sich die großen Parteien in ihrem Widerstand gegen Herrn von Papen zusammengefunden haben, müssen sie jetzt den Beweis führen, daß sie sich zusammenschließen können, um eine neue Regierung zu bilden.

Paris: Keine entscheidende Rückwirkung.

Die Presse berichtet eingehend über die Ereignisse in Deutschland. „Victoire" meint, es sei nicht ausgeschlossen, daß von Papen seine eigene Nachfolge antreten werde, wenn die politischen Parteien sich nicht untereinander verständigen könnten. „Figaro" schreibt, die Demission des Kabinetts von Papen werde weder auf die deutsche Politik noch auf die europäischen Angelegenheiten eine entscheidende Rückwirkung haben. „Ami du Peuple" meint, die politischen Parteien in Deutschland seien sich darüber klar, daß ein Mißerfolg der Verhandlungen die Auflösung des Reichstages und die Einführung der Diktatur bringen werde.

Stahlhelm an den Reichspräsidenten

Berlin, 19. November.

Die Reichspressestelle des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, teilt mit, daß die Bundesleiter Seldte und Duesterberg ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet hätten, in dem sie sich für die Erhaltung der autoritären Form der Staatsführung aussprechen. Die Unmöglichkeit einer in sich ehrlich zusammenhaltenden Parlamentspolitik, heißt es, sei durch das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November erneut festgestellt worden.

Entschließung des Reichsrats

Berlin, 19. November.

Der Reichsrat stimmte in einer Plenarsitzung der Ausschuß-Entschließung zur preußischen Frage zu.

Der erste Teil der Entschließung, der die Maßnahmen vom 29. und 30. Oktober als eine grundlegende Veränderung des inneren Kräfteverhältnisses bezeichnet und die Behebung der Gleichgewichtsänderung verlangt, wurde mit 54 gegen 7 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen angenommen. Der zweite Teil der Entschließung, nach dem die Entwürfe zur Verfassungsreform noch vor der Verabschiedung im Kabinett den Ländern zugeleitet werden sollen, wurde einstimmig angenommen.

Verlängerung des Burgfriedens

bis zum 2. Januar 1933.

Berlin, 19. November.

Reichspräsident von Hindenburg hat die Verordnung über die Sicherung des inneren Friedens, die am 2. November erlassen worden war und am 19. November abläuft, würde, durch eine neue Verordnung bis zum 2. Januar 1933 verlängert. Ebenso wurde auch die in der Ergänzungsverordnung vom 3. November enthaltene Ermächtigung an die Landesregierungen verlängert, wonach für Wahlversammlungen Ausnahmen zulässig sind, sofern diese Wahlen bis zum 15. Januar 1933 stattfinden.

Erweiterung des Binnenmarktes

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers Warmbold.

Berlin, 19. November.

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hielt in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag über Charakter sowie Bekämpfung der gegenwärtigen Krise und erklärte, das Schulden- und Kreditproblem sei zum Zentralproblem der Krise geworden. Eine der Hauptaufgaben der Weltwirtschaftskonferenz werde es sein, die Beseitigung der Handelshemmnisse zu fördern. Unsere Zahlungsfähigkeit sei allein bedingt durch die Warenmenge, die das Ausland anzunehmen bereit ist.

Als berechtigter Kern des Autarkiebestrebens bleibe lediglich die Forderung übrig, die natürlichen Kräfte des heimischen Bodens voll auszunutzen. Diesem Ziele habe sich Deutschland in den letzten Jahren weitgehend genähert. Notwendig sei für die Landwirtschaft eine Kostensenkung.

Während die Landwirtschaft ihre Produktion vermehrt habe, habe sich die industrielle Werteproduktion von 1928 bis 1931 um rund vierzig Prozent vermindert. Da die Landwirtschaft nur etwa zwanzig Prozent der industriellen Nettoproduktion abnehme, sei der industrielle Absatz durch Stärkung der landwirtschaftlichen Kaufkraft nicht wesentlich zu verbessern. Entscheidend für den industriellen Absatz sei neben der öffentlichen Hand vor allem die Industrie selbst und das Ausland.

Für die Entwicklung des Binnenmarktes sei bedeutsam eine liberale Kreditgewährung. Eine Lockerung der Devisenzwangswirtschaft könne erst erwogen werden, wenn die internationalen Schuldverflechtungen auf eine neue Basis gestellt sind, und der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank gleichzeitig eine Erhöhung erfahren habe. Notwendig sei auf alle Fälle die Stärkung des Binnenmarktes. Das Ziel sei Freiheit der Wirtschaft und Beschäftigung und Brot für den deutschen Arbeiter.

Daraus ergebe sich die Auffassung, daß eine Politik allgemeiner Preis- und Lohnsenkungen bei der jetzigen Konjunkturlage verfehlt wäre. Daraus ergebe sich ferner die Forderung, daß zweckmäßig angesetzte, das heißt, der Rentabilität und der Produktivität Rechnung tragende Arbeitsbeschaffungen in den Grenzen, die durch die Devisenlage gezogen sind, gefördert werden sollen.

Die Stunde der Parteien

Wieder einmal ist das Gesetz des Handelns in die Hände des Reichspräsidenten gelegt, wieder einmal hat er gezeigt, wie schnell er zu diesem Handeln durch die rasch erfolgte Einladung an die Parteiführer bereit ist, wieder einmal haben aber auch die Parteien die Möglichkeit, ihren Einfluß bei der Regierungsbildung geltend zu machen. Sie sollen die besten Männer in Vorschlag bringen, die das Reich zu führen haben, Männer, die einerseits das Vertrauen des Reichspräsidenten besitzen, andererseits aber auch ihnen selbst genehm sind, Männer mit auserlesenen Fähigkeiten und Erfahrungen, geeignet, in diesen Zeiten schwerster politischer, wirtschaftlicher und sozialer Not die Leitung zu übernehmen und das Volk endlich einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Kleinlicher Schacher um Posten und Pöstchen ist nicht am Platze, der Parteien Eifersucht und Eigendünkel, Herrschbegehren und Sonderinteressen gehen heute fehl, das Wohl der Gesamtheit regiert die Stunde die zeigen muß, ob sie von den Parteien als Gelegenheit genutzt wird, ihre Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit vor dem Reichspräsidenten zunächst und dann auch vor dem Volke, dem sie verantwort-

lich sind, darzutun. Gewiß ist die Situation für die einzelnen Parteien nicht ganz einfach und leicht, und es wird der große Wurf — wenn er gelingt — bestimmt nicht auf Anhieb getan sein. Denn wenn auch alle in der Gegnerschaft gegen den verantwortlichen Leiter der bisherigen Reichsregierung einig waren, so kann man nicht behaupten, daß jetzt nach dem Sturze des Herrn von Papen sie auch einig wären in der Person dessen, der ihm ersetzen soll, oder gar in denjenigen, die als des Nachfolgers Mitarbeiter in Frage kommen könnten.

Aber gerade diese Schwierigkeiten müssen die Größe unseres Parteiwesens, müssen die Leistungsfähigkeit und damit die innere Existenzberechtigung erweisen. Diejenigen, die in der Person des Herrn von Papen ein Hindernis für die nationale Konzentration erblickten, haben jetzt die Pflicht, ihrerseits brauchbare Vorschläge zu machen, und die anderen, die das Kabinett von Papen in seiner bisherigen Gestalt zu unterstützen bereit waren, haben keine Veranlassung, sich abseits zu stellen, wenn solche Vorschläge das Prinzip einer präsidialen Reichsführung unangetastet ließen. Die Rechtsparteien haben, wie sich aus der geschichtlichen Entwicklung ergab, in den Jahren der Nachkriegszeit fast immer in Opposition zu den jeweiligen Reichsregierungen gestanden. Solange die Ansichten auf eine Regierungsübernahme noch gering waren, war die Einigkeit im Negativen bei ihnen außerordentlich stark. In diesen Kreisen wurde es mit immer größerer Enttäuschung empfunden, daß, je mehr die Stunde der Verantwortung herannahte, um so betonter die sachlichen Meinungsverschiedenheiten herausgestellt wurden, die zwischen ihnen bestehen. Jetzt aber ist ihre große Chance gekommen. Nicht was sie bisher getrennt hat, sondern was sie alle eint, muß in den Vordergrund geschoben werden; nur eins ist maßgebend: der Dienst an Volk und Vaterland. Sie wollen ja alle das Gute, nur die Wege dazu waren bisher verschieden; heute aber müssen alle die gleiche Straße ziehen.

Und da ist es ja gut und schön, daß sie alle gerade in den letzten Tagen recht brauchbare Aktionsprogramme verfaßt haben, die zum Teil bereits veröffentlicht sind. Sie zeigen alle den Ernst der Stunde, zeigen aber auch den festen Willen, die Wege zur Entwirrung der schweren Lage zu beschreiten. Wenn sie also nun in gemeinsamen Besprechungen, die ja auch beim Reichspräsidenten vorgesehen sind, diese Programme durchsprechen, muß die Möglichkeit bestehen, sie alle auf einen Nenner zu bringen und dieses Gemeinschaftsprogramm dann zum Heile der Nation durchzuführen. Nach hier erzielter Einigkeit dürften die Beratungen mit dem Reichspräsidenten über die geeigneten Persönlichkeiten nicht mehr auf allzu große Schwierigkeiten stoßen, da alle natürlich die Sonderinteressen und Parteiambitionen zurückgeplockt hätten, und da alle wissen, daß weder die Wirtschaft noch die außen-, innen- und sozialpolitische Lage langatmige Verhandlungen gestatten.

Das wäre also der Stand der Krise, wie er sich dem Beschauer darstellt, wenn die Parteien ihre Chance erkennen, wenn sie ihre selbstverständliche Pflicht erfüllen. Wie gestalten sich aber die Dinge, wenn die Parteiführer versagen, wenn sie in ihren alten Fehler verfallen, ihre kleinlichen Parteiinteressen in den Vordergrund schieben, wenn sie aus „Prestige"gründen auf dieser oder jener Forderung bestehen, diese oder jene gegnerische Bedingung als untragbar ablehnen müssen? Dann wird allerdings der Reichspräsident von sich aus handeln, dann werden die Parteien, und zwar diesmal endgültig, ausgeschaltet werden. Dann ist es nichts mit der nationalen Konzentration. Ohne jemand zu befragen wird Hindenburg das tun, was er für notwendig erachtet. Vor seinem Gewissen verantwortlich wird er eine Regierung berufen, die tatsächlich unabhängig und autoritär — ohne Beeinflussung durch das Parlament — die Geschäfte führen wird.

Eine Zeit der Konfliktshäufung wäre in diesem Falle allerdings unvermeidbar. Nur dürften die Parteien sich dann nicht beschweren. Sie hätten kein Recht, Kritik an den Verhältnissen zu üben, falls diese nicht so würden, wie wir alle wünschen und wie es im Interesse des Landes so bitter notwendig wäre. Denn sie hatten es ja in der Hand, die Dinge zu meistern, sie hatten die Möglichkeit, sie in ihrem Sinne günstig zu beeinflussen, sie konnten die Wendung zum Besseren herbeiführen. Aber sie wollten die Macht nicht gebrauchen, die ihnen geboten war, sie versenkten in der größten Stunde, weil ihnen Eigennutz höher stand als Gemeinwohl, Klüngel wichtiger war als verantwortungsbewußte Zusammenarbeit. Zwietracht, das alte deutsche Erbübel, ging ihnen über Eintracht. An diesem Hader müßten sie dann allerdings zerschellen, wären restlos für das Volk erledigt. Schon die nächsten Stunden können zeigen, ob der Weg des Erfolges von ihnen beschritten wird, oder ob sie als zu leicht befunden in der Versenkung verschwinden müssen.

Die Gewaltenteilung in Preußen

Regelung durch Erlaß des Reichspräsidenten.

Berlin, 19. November.

Nach Erlaß des Urteils des Staatsgerichtshofs in der Streitsache über die am 20. Juli 1932 erfolgte Einsetzung eines Reichskommissars für das Land Preußen haben zwischen der Regierung Braun und den Kommissaren des Reiches Verhandlungen über die praktische Durchführung der in dem Urteil zum Ausdruck gebrachten Gewaltenteilung in Preußen stattgefunden. Diese Verhandlungen haben nicht zu einer Einigung geführt. Das preußische Staatsministerium glaubte zur Wahrnehmung der ihm im Urteil des Staatsgerichtshofs vorbehaltenen Befugnisse zur Vertretung des Landes Preußen Rechte in Anspruch nehmen zu sollen, die einen ordnungsmäßigen Ablauf der Dienstgeschäfte in den preußischen Ministerien und eine einheitliche Führung der Exekutive in Preußen in Frage stellen würden. Die daraus entstandenen Schwierigkeiten stellen eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar. Der Reichspräsident hat sich deshalb entschlossen, auf Grund des Artikels 48, 2 der Reichsverfassung die danach nötigen Maßnahmen zu treffen. Er hat einen Erlaß dem Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar und mit einem besonderen Begleitschreiben dem preußischen Ministerpräsidenten zugestellt, in dem es heißt:

Aus den mir erstatteten Berichten über die zwischen dem Reichskommissar für das Land Preußen und dem preußischen Ministerpräsidenten geführten Verhandlungen habe ich entnehmen müssen, daß eine Einigung über die Ausübung der Befugnisse, wie sie nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 einerseits und dem preußischen Ministerpräsidenten und den preußischen Staatsministern andererseits dem Reichskanzler als Reichskommissar für das Land Preußen und den von ihm für den Geschäftsbereich der preußischen Ministerien bestellten Kommissaren zustehen, nicht erzielt worden ist.

Unter diesen Umständen erscheinen Verwaltung und staatliche Ordnung im Lande Preußen in Frage gestellt. Dieser Zustand bedeutet eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Ich sehe mich daher veranlaßt, auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen und ordne an:

1 Um Mißverständnisse im amtlichen Verkehr auszuschließen, haben die Kommissare des Reichs innerhalb des ihnen zugewiesenen Geschäftsbereichs die mit dem Kopf „Der Preußische Ministerpräsident",... „Der Preußische Minister..." zu versehenden Schreiben zu zeichnen: „Der Kommissar des Reichs." Beschlüsse und Verordnungen, die die Kommissare des Reiches gemeinsam fassen oder erlaßen, sind zu zeichnen: „Das Preußische Staatsministerium: Die Kommissare des Reichs."

2. Verordnungen, deren Erlaß nach Reichsrecht oder preußischem Recht der preußischen Landesregierung, dem preußischen Staatsministerium oder einzelnen preußischen Staatsministern zusteht, haben ausschließlich die Kommissare des Reichs oder der nach seinem Geschäftsbereich zuständige Kommissar des Reichs zu erlassen.

3. Die Zustimmung zu Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß Artikel 67 Abs. 2 der preußischen Verfassung steht dem für den Geschäftsbereich des Finanzministers bestellten Kommissar des Reichs zu.

4. Die Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits steht dem für den Geschäftsbereich des Finanzministers bestellten Kommissar des Reichs zu, soweit eine Ermächtigung zur Kreditaufnahme in einem Gesetz oder einer Verordnung mit Gesetzeskraft vorliegt. Das gleiche gilt für die Uebernahme einer Sicherheitsleistung (Garantien und Bürgschaften).

5. Die Kommissare des Reichs sind zur Durchführung ihrer Aufgaben befugt, mit den Reichsbehörden in Verhandlung zu treten und an den von diesen einberufenen Sitzungen und Besprechungen teilzunehmen.

6. Das Recht der Begnadigung gemäß Artikel 54 der preußischen Verfassung haben die Kommissare des Reichs auszuüben.

7. Zur Ausübung der dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern auf Grund des Urteils des Staatsgerichtshofs zustehenden Befugnisse werden die aus der Anlage ersichtlichen Amtsräume im Hause des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt bereitgestellt. Soweit zwischen einzelnen Staatsministerien und den Kommissaren des Reichs bereits eine Einigung über die Bereitstellung anderer Amtsräume erzielt ist, behält es dabei sein Bewenden. Im übrigen stehen die Amtsgebäude des preußischen Staatsministeriums und der preußischen Ministerien mit allem Zubehör ausschließlich zur Verfügung der Kommissare des Reichs.

Dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern stehen die Ministerialdirektoren Dr. Badt, Dr. Brecht und Coßmann als Stellvertretende Bevollmächtigte zum Reichsrat im Hauptamt, ständig zur Verfügung; sie erhalten im Hause des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt Amtsräume zugewiesen. Geschäftsbedürfnisse und das erforderliche Hilfspersonal sind zur Verfügung zu stellen.

8. Die im Haushaltsplan für die preußischen Staatsminister vorgesehenen Dienstwohnungen stehen, soweit sie von ihnen bisher Gebrauch gemacht haben, auch weiter zu ihrer Verfügung.

9. Die Kommissare des Reichs nehmen in dieser Eigenschaft an den Sitzungen des Reichstags, des Reichsrats, des Landtags und Staatsrats sowie ihrer Ausschüsse nicht teil. Sie leiten diesen Körperschaften keine Vorlagen zu.

10. Dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern sind zur Bearbeitung der ihnen verbliebenen Aufgaben der Vertretung Preußens im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern die mit der vorbereitenden Bearbeitung dieser Aufgaben betrauten Beamten der Ministerien, denen die Bearbeitung der Angelegenheit übertragen ist, die mit bevorstehenden Beratungen des Reichstags, des Reichsrats, des Landtags oder des Staatsrats oder ihrer Ausschüsse im Zusammenhang stehen oder sich auf den Abschluß von Verträgen mit anderen Ländern oder dem Reich beziehen, zum Vortrag zur Verfügung zu stellen.

11. Mit der Ausführung dieser Maßnahmen beauftrage ich den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen.

gez. von Hindenburg.

Bresche in Genf

Sir John Simons Erkenntnisse und Hemmungen.

Genf, 18. November.

Der englische Außenminister hat seine Auffassung zur Abrüstungsfrage entscheidend geändert. Er stellt die deutsche Gleichberechtigung als Voraussetzung für die Wiederaufnahme und die Fortführung dieser Verhandlungen. Daß er sich dabei nach deutscher Auffassung nur zu einer Selbstverständlichkeit bekennt, mag in der Rückschau außer Betracht bleiben, denn jetzt handelt es sich darum, vorwärts zu

---

ROMAN VON ERICH KUNTER

LICHT DER EWIGKEIT

Vertrieb: Romanverlag K. & H. Greiser, G. m. b. H., Rastatt

47)

VI.

Bert Brilons Verhaftung war lange hinausgeschoben worden. Schon seit zwei Wochen mußte die Kriminalpolizei, daß Bert Brilon die Persönlichkeit gewesen war, die sich in so auffälliger Weise nach dem Komponisten Andermatt erkundigt hatte.

Man beobachtete Bert, ohne sich zunächst zu einer Verhaftung zu entschließen, denn Bert Brilon, unbescholten, Sohn ehrsamer Eltern, Ludwig Andermatt fernstehend, hatte ja keine Veranlassung zu der Tat.

Weil man diesen Grund nicht fand, zögerte man.

Als man schließlich aber doch nicht weiterkam und auch die Beobachtung des Bruders aus Amerika zu keinerlei Resultaten führte, hatte man sich zu Berts Verhaftung auf das Drängen der Oberstaatsanwaltschaft entschlossen.

Das Hauptverhör hatte gleich am ersten Tag nach der Verhaftung stattgefunden. Justizrat Spighel hatte gehofft, daß der Verhaftete nach dem Verhör wenigstens bedingt wieder auf freien Fuß gesetzt werden wird. Es erwies sich aber danach zu seiner neuen großen Ueberraschung und Verwunderung, daß sich die Verdachtsmomente eher verdichtet als vermindert hatten.

Die Lage war dadurch für den Untersuchungsgefangenen sehr mißlich geworden, und seine Entlassung aus der Untersuchungshaft hätte der Untersuchungsrichter nicht mehr verantworten können.

Bert Brilon gab dem Untersuchungsrichter rückhaltlos einen wahrheitsgetreuen Bericht von seiner Reise in die Heimat und was sich dabei alles ereignete. Er verschwieg ihm nichts und der Richter zweifelte keinen Augenblick an der Aufrichtigkeit seiner Angaben, verhehlte jedoch dem Gefangenen nicht, daß seine Aussagen wenig glaubwürdig für das Gericht klingen würden, und daß es deshalb um seine Sache nicht günstig stehe.

Sehr interessant für den Untersuchungsrichter waren vor allem die seelischen und mystischen Vorgänge bei Brilons mysteriöser Reise.

Da er aber gerade dafür viel Verständnis zeigte, gelang es dem Dichter leicht, über all diese Dinge zu reden, über die er natürlich unter anderen Umständen und vor anderen Menschen geschwiegen hätte; denn er war sich wohl bewußt, daß er bei den meisten Menschen, denen er die Geschichte seines Verhängnisses erzählte, nur ein ungläubiges Lächeln ernten würde.

Sinnend stützte der Untersuchungsrichter das Kinn in den aufgestützten Arm, ließ die schöngeformte Hand durch den gepflegten Bart gleiten und hörte aufmerksam dem ausführlichen Bericht Brilons zu, ihn nur bisweilen durch eine notwendige Frage unterbrechend.

„Sie reisten also in der Absicht nach Kirchheim", faßte er nachher zusammen, „zu Ihren Eltern zurückzukehren, um dort Beschäftigung und Ihren Lebensunterhalt zu bekommen. Sie fuhren nach 2 Tagen zurück, stiegen in Roxingen aus, wofür Sie keinen stichhaltigen Grund angeben. Ihr Weg führte Sie unter merkwürdigen Umständen, die nach Ihren Erklärungen ins Gebiet des Okkulten und Uebersinnlichen hineinragen, an das Haus des Vaters eines früheren Bekannten von Ihnen. Sie drangen in das unverschlossene, fast leerstehende Haus ein und fanden schließlich das Vorzimmer zum Arbeitsraum des Wohnungsinhabers Andermatt. Sie betraten das Arbeitszimmer selbst nicht, hatten also keine Ahnung, daß darinnen Andermatt vielleicht tot lag. In dem Vorzimmer herrschte ein wüstes Durcheinander. Ihr Blick fiel auf eine geöffnete Geldtasche und in einem Zustand von — sagen wir — geistiger und seelischer Störung — nahmen Sie das Geld zu sich. Sie fuhren damit wieder nach Berlin, kamen unter das Auto der Schauspielerin Constanze Brezina und wurden dann in deren Haus aufgenommen. In der Folge gestalteten sich Ihre früheren ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse unerwartet und außergewöhnlich günstig. Das Geld, das Sie sich im Hause des ermordeten Andermatt angeeignet hatten, gaben Sie an dessen Stiefbruder zurück, den Sie im Hause des Fräulein Brezina kennen lernten. Sie hätten das auch getan, wenn es Ihnen weiterhin wirtschaftlich schlecht gegangen wäre?"

„Ja. Ich hätte das Geld, das ich nahm, als ich meiner Sinne nicht mächtig war, keinesfalls angerührt."

Der Untersuchungsrichter nahm die Aussagen zu Protokoll. „Aber, wie ich Ihnen schon sagte, Herr Brilon", meinte er abschließend, „es dürfte viel dazu gehören, bei einer Verhandlung die Richter und Geschworenen davon zu überzeugen, daß sich Ihr Reiseerlebnis so zugetragen hat wie Sie es schildern."

„Dessen bin ich mir voll bewußt" antwortete der Verhörte.

Noch eines wollte der Richter wissen: „Sie erzählten auch von einer seltsamen Begegnung mit einem Fremden im Stuttgarter Hauptbahnhof. Bringen Sie diesen Fremden in irgendeinen Zusammenhang mit der Affäre?"

„Ja".

Fortsetzung folgt.

blicken und abzuschätzen, was von dieser neu gewonnenen englischen Einstellung aus erhofft und erreicht werden kann.

Das nächste Ziel der englischen Politik ist die Zurückführung Deutschlands an den Beratungstisch der Abrüstungskonferenz. Man weiß, daß Vorbedingung dafür die grundsätzliche Anerkennung des deutschen Anspruchs auf Gleichberechtigung ist, und zu dieser Anerkennung bekennt sich die Erklärung der britischen Regierung rückhaltlos.

Stellt man allerdings die Frage, wie der Weg von der Theorie zu der praktischen Durchführung dieses Gedankens gefunden und begangen werden soll, so bleibt die Erklärung Sir John Simons einen großen Teil der Antwort schuldig. Sie hat auf den Plan Herriots in keiner Weise Bezug genommen, zu dem sie offenbar eine vermittelnde Ergänzung darstellen möchte, und man weiß also nicht, wie England sich den Forderungen gegenüber verhalten wird, die ganz zweifellos von französischer Seite gegen die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung und der deutschen Umrüstungspläne erhoben werden dürften. Im voraus darf auch schon theoretisch die Frage gestellt werden, wie die Lage Deutschlands sich im Falle einer Ablehnung oder eines Scheiterns des französischen Planes gestalten würde.

Es ist wohl anzunehmen, daß die englische Erklärung nicht ohne Fühlungnahme mit Paris erfolgt ist, und wenn in den Ausführungen Simons auch die moralischen und rechtlichen Gesichtspunkte bedeutsam in den Vordergrund gerückt sind, so spürt man doch zugleich nicht minder deutlich die sachlichen Hemmungen, um die er nicht herumkommt, und die den Abstand zwischen der Theorie und der Praxis der britischen Politik bedingen werden.

Die Voraussetzungen zu einer Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungsverhandlungen sind seit langem und so eindeutig klargestellt, daß man nicht mehr auf sie zu verweisen braucht. In dem deutschen Memorandum, das Ende August dem Berliner französischen Botschafter übergeben wurde, ist darauf hingewiesen worden, daß der Konventionsentwurf die Frage offen läßt, ob die in ihm enthaltenen Beschlüsse auch auf Deutschland Anwendung finden sollen, und ob das Abkommen für Deutschland die gleiche Dauer haben soll und das Revisionsverfahren dasselbe sein soll wie für die anderen beteiligten Staaten. Sir John Simon hat im Namen der britischen Regierung diese Fragen bejaht, und der Vertreter Italiens im Büro der Abrüstungskonferenz hat nicht gezögert, für seine Regierung den gleichen Standpunkt anzuerkennen.

Jetzt hat Frankreich das Wort. Es muß deutlich sagen, ob es ebenfalls die Berechtigung der deutschen Voraussetzungen anerkennt und bereit ist, Deutschland die Gleichberechtigung zuzugestehen, die von der britischen Regierung so klar und zwingend als Voraussetzung für eine erfolgreiche Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen herausgestellt worden ist.

Deutsche Tagesschau

Reichsbankausweis vom 15. November 1932.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. November 1932 hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten am 108,5 Millionen auf 3147,8 Millionen RM verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 84,9 Millionen RM in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen. Die fremden Gelder zeigen mit 357,6 Millionen RM eine Abnahme um 8,6 Millionen RM. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 9,4 Millionen auf 929,7 Millionen RM verringert. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 15. November 27,2 v. H. gegen 26,8 v. H. am Ende der Vorwoche.

Vorschriften über die Kapitalherabsetzung.

Die fünfte Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Kapitalherabsetzung in erleichterter Form ist veröffentlicht worden. Danach wird auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 verordnet, daß die Fristen, bis zu deren Ablauf die Kapitalherabsetzung in erleichterter Form beschlossen werden kann, bis zum 30. Juni 1933 verlängert werden.

NSDAP. fordert Auflösung der Truste.

Die Nationalsozialisten haben im Bayerischen Landtag einen Antrag eingebracht, wonach die Staatsregierung bei der Reichsregierung dahin wirken soll, daß dem Reichstag alsbald ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die Auflösung aller Trusts, Konzerne und Syndikate zu Gunsten der freien Wirtschaft und Preisbildung vorsieht.

Antrittsbesuch des deutschen Botschafters bei Herriot.

Der deutsche Botschafter Köster stattete dem französischen Ministerpräsidenten Herriot seinen Antrittsbesuch ab. Im Anschluß daran wurden verschiedene Deutschland und Frankreich gemeinsam interessierende Fragen besprochen. Die Unterredung dauerte etwa eine Stunde. Im Laufe des Nachmittags machte Ministerpräsident Herriot dem deutschen Botschafter seinen Gegenbesuch.

Kronendiskussion in Estland.

Während das neue estländische Kabinett Päts mit allem Nachdruck für die Aufrechterhaltung des Goldstandards eintritt, wird von landwirtschaftlichen Kreisen erneut mit allem Nachdruck die Forderung nach einer Abwertung der estländischen Krone aufgestellt. Die Konjunturabteilung der estländischen Landwirtschaftskammer hat eine Entschließung angenommen, in der sie energisch für die Abwertung der estländischen Krone eintritt und entsprechende Maßnahmen der Regierung fordert.

Regierungsbildung.

Am Sonnabend empfing, nachdem der Reichstagspräsident Abg. Goering dem Staatssekretär Meißner einen kurzen Besuch gemacht hatte, der Reichspräsident Herrn Hitler. Die Unterredung dauerte etwa 1 Stunde. Zu einem Abschluß sind die Verhandlungen nicht gekommen und werden Anfang der Woche fortgesetzt werden. Die Basis, auf der sie geführt wurden, ist zweifellos der Wille Hindenburgs, seine politischen Ideen mit Hilfe einer autoritären Regierung durchzuführen. Immerhin sind bei der Regierungsbildung die Parteien so wichtige Faktoren, daß eine Regierung, die nach diesen Gesichtspunkten gebildet wird, im Gegensatz zur Regierung Papen unter dem Einfluß der Parteien stehen wird.

Attentat auf Herriot.

Durch eine Schienensprengung sollte der Zug des französischen Ministerpräsidenten zur Entgleisung gebracht werden. Ein Streckenwärter konnte den Zug noch rechtzeitig zum Stehen bringen.

Das amerikanische Defizit.

Amtlich wird verlautbart daß sich das Defizit im Staatshaushalt für die ersten vier einhalb Monate des laufenden Steuerjahres das am 1 Juli begann, auf 709 Millionen Dollars beläuft

Zwischenfall in der Reichskanzlei

Mit dem Dolch auf dem Wege zu Papen.

Berlin, 19. November.

Durch eine Verhandlung vor dem Schnellrichter in Berlin wird erst jetzt ein aufregender Zwischenfall in der Reichskanzlei bekannt, der sich am Dienstag zugetragen hat.

Als an diesem Tag gegen zwei Uhr der Portier gerade die Pförtnerloge verlassen hatte, um dem Staatssekretär Planck bei der Ausfahrt behilflich zu sein, stürmte plötzlich eine Frau in die Reichskanzlei und lief die Treppen hinauf. Der Pförtner eilte ihr nach und konnte sie im zweiten Stockwerk festhalten. Als die Frau von dem Portier und einem Kriminalbeamten durchsucht wurde, fand man bei ihr einen 28 Zentimeter langen Dolch, worauf sie sofort festgenommen wurde.

In der Verhandlung sagte die Frau, nach dem Motiv ihres Eindringens befragt:

„Entweder sollte mir der Reichskanzler erklären, daß er seine Politik jetzt ändern würde, oder ich hätte irgendetwas mit dem Dolch angestellt.

Trotz eindringlicher Fragen des Staatsanwalts und des Vorsitzenden, was sie mit dieser dunklen Andeutung eigentlich meine, weigerte sich Frau Buddo, nähere Angaben zu machen.

Frau Buddo bat in ihrem Schlußwort um mildernde Umstände und erklärte, daß sie nur im Interesse der Allgemeinheit in die Reichskanzlei eingedrungen sei. Der Schnellrichter, Amtsgerichtsrat Reulicke, erkannte gegen sie auf drei Monate Gefängnis wegen verbotenen Waffentragens.

Köpenickiade eines Geisteskranken

Er wollte den Kösliner Regierungspräsidenten verhaften.

Köslin, 19. November.

Ein eigenartiger Vorfall, der an das Unternehmen des Hauptmanns von Köpenick erinnert, trug sich in Köslin zu. Dort erschien in der Privatwohnung des Kösliner Regierungspräsidenten von Cronau ein Mann, der angab, den Regierungspräsidenten wegen Spritschmuggels verhaften zu müssen. Es stellte sich heraus, daß es sich um einen geisteskranken früheren Kriminalassistenten Jandresky aus Köslin handelt, der vor etwa eineinhalb Jahren entlassen wurde. Der Festgenommene wurde in das Provinzialkrankenhaus in Lauenburg gebracht.

Jandresky hatte sich durch energisches Auftreten Eingang in die Wohnung zu verschaffen gewußt. Schnell lief er an dem überraschten Pförtner vorbei in den ersten Stock. Dem Mädchen, das ihm öffnete, erklärte er, er sei der Vizepräsident und habe mit dem Regierungspräsidenten eine Verabredung. Unangemeldet ließ ihn so das Mädchen passieren. Der Regierungspräsident befand sich gerade am Kaffeetisch, als Jandresky in das Wohnzimmer eintrat und sofort auf den Regierungspräsidenten zutrat mit den Worten:

„Herr Regierungspräsident, ich muß Sie verhaften!"

Das Benehmen des Eindringlings war aber so sonderbar, daß Regierungspräsident von Cronau Verdacht schöpfte und den „Kriminalbeamten" bat, ihm in sein Arbeitszimmer zu folgen. Hier verwickelte der Regierungspräsident den Mann in ein längeres Gespräch, in dessen Verlauf ihm als Grund für seine „Verhaftung" Spritschmuggel angegeben wurde.

Unbemerkt hatte von Cronau aber durch seinen Amtsgehilfen Kriminalbeamte rufen lassen, die plötzlich in das Zimmer traten. Als sich Jandresky erkannt sah, ergriff er die Flucht und versuchte, über die Dächer zu entkommen. Doch schon im Bodenraum wurde er gestellt und festgenommen.

Der Verhaftete, der früher Kriminalassistent in Köslin und Schutzpolizeibeamter in Oberschlesien war, jedoch wegen Unkorrektheiten im Dienst entlassen wurde, zeigte bei seiner Vernehmung ein so geistesgestörtes Wesen, daß man ihn sofort in die Irrenanstalt brachte.

Frankreich stützt Getreidepreise.

Paris, 18. November. Die Debatte über die französische Agrarkrise hat nach heftigen Auseinandersetzungen zu einem Vertrauensvotum für die Regierung Herriot geführt. Die Richtlinien, auf die sich die Kammer schließlich geeinigt hat, bedeuten freilich eine Verschärfung der schutzzöllnerischen Getreidepolitik Frankreichs.

Die Kammer verlangt eine weitgehende Stützung der Getreidepreise, die nach einer Ueberschußernte in diesem Jahre auf unter 100 Francs je Doppelzentner gesunken waren. Die erforderlichen Aufkäufe sollen durch Kredite der Zentralbanken, der Sparkassen und der landwirtschaftlichen Organisationen finanziert werden. Die Kredite stehen einer staatlichen Getreidehandelsgesellschaft zur Verfügung, bei der

die gesamte Einfuhr und Ausfuhr von Getreide zentralisiert wird,

und die alle Maßnahmen ergreifen kann, um die Preise und Gestehungskosten des Getreides in ein „normales" Verhältnis zueinander bringen zu können. Der Landwirtschaftsminister, der diesen Plänen zunächst widersprochen hatte, betonte, daß das Getreideinstitut ein Stück Planwirtschaft bedeute; die Regierung sei auch bei der Durchführung der Valorisierungspläne genötigt, trotz der Krise der öffentlichen Finanzen, erneut an das Schatzamt heranzutreten, um die notwendigen Gelder zu erhalten.

Alle bisherigen Schutzmaßnahmen, die auf eine Stabilisierung der Agrarpreise gerichtet waren — hohe Agrarzölle, Einfuhrkontingentierung, Beimahlungszwang — haben die Getreidepreise auch nach Aussperrung des ausländischen Angebotes nur solange halten können, als das inländische Angebot nicht stieg. Dies hat sich aber im letzten Jahre, nach der Vergrößerung der Anbauflächen, die infolge der relativ günstigen Getreidepreise eingetreten ist, entscheidend geändert; die Ernte ist größer als der Inlandsbedarf, und nun lassen sich die Preise mit den bisherigen Mitteln nicht mehr halten. Die Bedenken gegen die neue Getreidepolitik Frankreichs sind außerordentlich groß.

Der Staat wird durch die Beschlüsse der Kammer zum Getreidespekulanten; die notwendige Umstellung der französischen Landwirtschaft auf andere Produktionszweige

wird verzögert,

die kommende Ernte durch die eingelagerten Ueberschüsse dieser Ernte vorbelastet. In Deutschland, wo bekanntlich sich ähnliche Verhältnisse anbahnen, wird man den Ausgang der französischen Experimente mit größten Interesse verfolgen müssen.

Heuschreckenschwärme auf den Canarischen Inseln.

Las Palmas. Die Canarischen Inseln sind dieser Tage von Heuschreckenschwärmen heimgesucht worden. Der Gouverneur ist in Kenntnis gesetzt worden, daß in den Cortes eine Anleihe von 100 000 Pesetas beantragt werden solle, die zur Bekämpfung der Heuschreckenschäden bestimmt sei.

Haifischinvasion auf Kuba.

Gräßliche Einzelheiten über die Tornadokatastrophe auf Kuba berichten die amerikanischen Blätter. Danach seien die Haifische infolge der meilenweiten Ueberschwemmungen weit in das Innere der Insel eingedrungen und hätten Hunderte von Menschen, die in den überschwemmten Teilen der Insel um ihr Leben kämpften, überfallen und getötet. Bisher habe man nicht weniger als 175 zerstückelte Leichen von Menschen gefunden, die das Opfer dieser Haifischinvasion geworden sind.

Inventur für Volk und Wirtschaft.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband schreibt uns: Volkswirtschaften müssen wie der Kaufmann von Zeit zu Zeit Inventur machen. Solche Entscheidungen werden umso notwendiger, wenn tagtäglich neue Entscheidungen drängen. Von der letzten deutschen Volks-, Berufs und Betriebszählung trennen uns nicht nur acht Jahre, sondern auch zwei schwere, vieles verändernde Wirtschaftskrisen. Wir tappen also über sehr wichtige Tatsachen einfach im Dunkeln.

Wir kennen nicht die berufliche Gliederung unseres Volkes und wir haben nur sehr unklare Vorstellungen von den einzelnen Gewerbegruppen und Betriebsgrößen. Wir kennen auch nicht die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land und wissen nur wenig von den kinderreichen Familien. Völlig unbefriedigend ist auch die Kenntnis über die Zusammensetzung und berufliche Gliederung des Erwerbslosenheeres.

Außerdem haben bei der letzten Berufszählung altertümliche Zählmethoden viele wichtige Tatsachen unklar gelassen. Insbesondere hat man damals die große Gruppe Angestellte und Beamte einfach in einen Topf geworfen, so das wir weder wissen wieviel Kaufmannsgehilfen, Techniker, Werkmeister und Büroangestellte es gibt, noch über die Gliederung dieser großen Berufe unterrichtet sind.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband fordert gemeinsam mit anderen Wirtschaftskreisen, daß nun endlich wieder eine Volks-, Berufs- und Betriebszählung stattfindet und daß die neue Zählung über die berufliche Gliederung unseres Volkes bessere Auskunft gibt. Die Kosten der Zählung wären wirklich produktiv angelegt, denn die Kenntnis der Tatsachen kann schwerwiegende wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen verhindern.

Feinschmecker! Kaffee Hag verdankt Euch seinen Erfolg!
Er war, ist und bleibt der beste Kaffee, und zwar coffeinfrei!

Ihre Gesundheit ist Ihr höchstes Gut!

Deshalb müssen Sie alles für Ihre Gesundheit tun. Hierzu gehört in erster Linie, daß Sie in Ihrem Haushalt nur noch das **Echte Lüneburger Jodspeisesalz** verwenden. Dies gut streuende Siedesalz ist ein vorzügliches Vorbeugungsmittel gegen Arterienverkalkung, Kropf- und andere Jodmangelkrankheiten und ist ca. 30 % sparsamer im Gebrauch als gewöhnliches Kochsalz. — Zu haben zum Preise von 31 Rpf. für das Pfundpaket einschl. Salzsteuer, 57 Rpf. für das Kilopaket einschl. Salzsteuer in allen besseren Lebensmittelgeschäften sowie Drogerien.

General-Vertretung für Schlesien: Ferdinand Barends, Breslau I, Hummerei 25, Tel. 21239.

Lokales.

Namslau, den 21. November 1932

= **Obischau.** Am 22. November können Herr Stellmachermeister Wilhelm Jendretzke und seine Frau ihr 40jähriges Ehejubiläum feiern. Wir sprechen den Jubilaren, die langjährige Abonnenten des Stadtblattes sind, unsere herzlichsten Glückwünsche aus.

= **Arbeitsamt.** Die Amtsdauer des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamts Oels läuft mit Ende dieses Jahres ab (§ 16 AVAVG). Die Neubildung des Verwaltungsausschusses ist daher bis Ende dieses Jahres durch Neuberufung von Beisitzern vorzunehmen. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen. Die für die Vorschlagslisten zu beachtenden Richtlinien sind im einzelnen im § 6 AVAVG, die Voraussetzungen der Wählbarkeit sind in § 17 AVAVG enthalten. Im Arbeitsamt Oels sowie in den Arbeitsamt-Nebenstellen Namslau und Groß Wartenberg ist die öffentliche Bekanntmachung des Herrn Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schlesien zur Einreichung von Vorschlagslisten ausgehängt. Die Frist zur Einreichung von Vorschlagslisten läuft bis zum 5. Dezember 1932, 18 Uhr. Die Vorschlagslisten sind bei dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes einzureichen. Vorschlagsberechtigt sind die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Vorschläge, die nach Ablauf der Einreichungsfrist eingereicht werden, können nicht mehr berücksichtigt werden. Zweckmäßig ist die Bildung von Einheitslisten.

= **Deutsche Turnerschaft. M. T. V. „Jahn" (Handball).** Von einer besseren Seite zeigte sich die Männermeisterklasse beim Pflichtspiel gegen den Reichsbahnturn- und Sportverein Oels am 13 November. Gleich zu Beginn entwickelte sich ein flottes Spiel, bei welchem Jahn in kurzen Zeitabständen mit 3 Toren in Führung gehen konnte. Bis zur Halbzeit gelang es Oels, ein Tor entgegenzusetzen. Nach der Halbzeit war Jahn ständig im Angriff und konnte durch Ueberlegenheit im Felbspiel den Sieg sicherstellen. Endergebnis 8 : 3 Nach 4 Spielsonntagen ist der Spielstand der Männer-Meisterklasse folgender:

	Spiele	gew.	unentschi.	verl.	Tore	Punkte
Tv Sorau	4	3	—	1	33 : 15	6 : 2
M. T. V Oels	4	2	1	1	20 : 18	5 : 3
M. T. V. Jahn Namslau	4	1	2	1	17 : 18	4 : 4
Reichsbahn Oels	4	—	1	3	11 : 30	1 : 7

= **Die neuen Wohlfahrtsbriefmarken** sind erschienen. Schon haben Hunderttausende dieser kleinen Helfer gegen Winternot und Elend ihren Weg in alle Gaue Deutschlands und auch ins Ausland angetreten. Schon jetzt ist ersichtlich, daß die künstlerisch vollendete Wiedergabe der Burgen und Schlösser, die von großer Vergangenheit zeugen, diesen Marken viele neue Freunde werben und den Gedanken der Nächstenliebe wachhalten werden. Die Bedeutung der Wohlfahrtsmarken im Kampfe gegen die Not wird auch in Deutschland mehr und mehr erkannt. Im Vorjahre sind mehr als 12 Millionen Stück dieser Postwertzeichen verkauft worden. Möchte sich in diesem Winter der Umsatz der neuen Serie vervielfachen, denn Not und Elend sind unermeßlich groß, und jede Hilfe ist willkommen, auch die kleinste, wie sie überall ein jeder durch die Verwendung von Wohlfahrtsbriefmarken leisten kann. Die Marken können von den Wohlfahrtsorganisationen und den Postanstalten bezogen werden.

= **Jod-Speisesalz.** Die äußere Anwendung von Jod als Desinfizens ist auch dem Laien bekannt. Dagegen ist das Jod als Vorbeugungsmittel gegen Kropf, Arterienverkalkung usw. von noch größerer Bedeutung. Durch die künstliche Düngung besitzt der Boden nicht mehr den Jodreichtum wie früher und als notwendige Folge leiden auch die für die menschliche Ernährung gebrauchten Feldfrüchte an Jodmangel. Sie können daher dem Menschen nicht mehr die von ihm gebrauchten Jodmengen zuführen, was sich durch erhöhte Erkrankungen an Kropf, Arterienverkalkung usw. bemerkbar machte. Um diesen Uebelstand abzuhelfen, hat sich die Saline Lüneburg entschlossen, ein nach besonderem Verfahren auf nassem Wege hergestelltes Jodsalz unter dem Namen „Echtes Lüneburger Jod-Speisesalz" herauszubringen. Dieses aus feinstem Vacuum-Siedesalz hergestellte Jodsalz hat einenen Jodzusatz, der etwa bei ausschließlichem Gebrauch im Haushalt dem Menschen die Hälfte der täglich nötigen Jodmenge zuführt. Die andere Hälfte wird aus den genossenen Speisen gewonnen. Diese Jodzufuhr ist die denkbar einfachste und billigste und verursacht keinerlei Unbequemlichkeit. Als besondere Eigenschaft wurde beobachtet, daß dies „Echte Lüneburger Jod-Speisesalz" die Eigentümlichkeit hat, die Geschmacksnerven salzempfindlicher zu machen, so daß man den Salzgenuß um ca. 30% einschränken kann, ohne eine Geschmackseinbuße zu erleiden. Also eine Neuerscheinung, die nicht nur den Preis des Salzes im Gebrauch erheblich verbilligt, sondern auch der Forderung von Sauerbruch und Gerson nach salzarmer Kost im höchsten Maße entgegenkommt.

= **Eine kirchenpolitische Tagung in Breslau.** Am 30. 11 und 1 12 hält die Gesamtkirchliche Vereinigung der Freunde der Positiven Union und ihre schlesische Gruppe, die stärkste innerhalb der Schlesischen Provinzialsynode, ihre Jahresversammlung. Im Mittelpunkt steht der Vortrag von Pfarrer Lic Dr. Bunzel—Breslau Magdalenenkirche über: „Kirche und vaterländische Bewegung". Vorsitzender der Gesamtvereinigung ist Exzellenz von Borg, Vorsitzender der schlesischen Gruppe, Rittergutsbesitzer Blomeyer—Elsdorf.

= **Viehzählung am 1. Dezember 1932.** Am 1. Dezember d. J. findet im ganzen Reiche die jährliche Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde (ohne Militärpferde) Maultiere, Maulesel und Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh und Bienenstöcke. Gleichzeitig wird in Preußen eine Zählung der Kaninchen und der in den Monaten September, Oktober und November 1932 geborenen Kälber durchgeführt. Die Landwirte werden gebeten, auch bei dieser Zählung im Hinblick auf deren große Bedeutung für die Allgemeinheit und für die Landwirtschaft die Angaben genau und gewissenhaft vorzunehmen, damit möglichst zutreffende Zählungsergebnisse herauskommen. Die Landwirtschaftskammer weist besonders darauf hin, daß über die Angaben der einzelnen Besitzer das Amtsgeheimnis gewahrt wird und die Finanzbehörden davon keine Kenntnis erhalten dürfen.

= **Sonntagsrückfahrkarten aus besonderem Anlaß.** Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: In Breslau werden vom 29 November bis einschließlich 1. Dezember 1932 die niederschlesischen Pferdezuchttage veranstaltet. An Besucher dieser Veranstaltung dürfen ausnahmsweise von allen Bahnhöfen im Umkreise von 200 Kilometer um Breslau Sonntagsrückfahrkarten nach Breslau ausgegeben werden. Die Karten gelten von Dienstag, den 29. November 0 Uhr bis Donnerstag, den 1. Dezember, 24 Uhr. Sie haben zur Rückfahrt nur Gültigkeit, wenn sie mit dem Stempel der Landwirtschaftskammer Niederschlesien, Hauptabteilung für Tierzucht, versehen sind, der beim Besuche der Veranstaltung auf der Karte angebracht wird. Inhaber von Sonntagsrückfahrkarten ohne diesen Stempel gelten als Reisende ohne gültigen Fahrausweis.

= **Einlösung der 4½proz. Osthilfe-Entschuldungsbriefe der Deutschen Rentenbank.** Die 4½proz. Osthilfe-Entschuldungsbriefe Reihe A bis F über 10000, 5000, 3000, 1000, 500 und 200 RM. werden mit den Zinsscheinen per 1. April 1933 u ff zum Zwecke der Einlösung zum 30. November 1932 aufgerufen. Die Verzinsung dieser Stücke endet mit dem 30 November 1932.

Geschäftsinhaber

steigern ihren Absatz, wenn sie im „Namslauer Stadtblatt" in einer Anzeige ihre Waren anbieten.

Tiere als Steuern.

Budapest. Infolge der schweren Wirtschaftskrise befindet sich auch der Zirkus Czaja in einem bedeutenden Steuerrückstand. Der Direktor des Unternehmens hat nun der Stadt mitgeteilt, daß er bereit sei, seine Schuld in natura abzutragen, und als Gegenentgelt 7 Löwen und 13 Affen als Zahlung angeboten. Die Stadt hat daraufhin den Wert der Tiere durch Sachverständige schätzen lassen und sich prinzipiell mit dem Vorschlag einverstanden erklärt. Das Steueramt stellt jedoch die Bedingung, daß die Tiere dem Zoologischen Garten überwiesen werden. Falls sich also eine Einigung erzielen lassen sollte, dürften die ersten Tiere zu sehen sein, an deren Käfig eine Tafel verkündet: „Als öffentliche Steuern eingetrieben".

Vorgeschichtliche Funde.

Leobschütz. In Glaesen wurden durch die Aufmerksamkeit eines Landwirts in einem vorgeschichtlichen Grabe neun Gefäße gefunden; in zwei anderen Gräbern fand man Schmuckgegenstände aus Bronze. Die Funde stammen aus der Zeit des Ueberganges von der Bronze- zur Eisenzeit.

Rundfunk-Programm.

Dienstag. 6,15: Funkgymnastik. 6,35: Morgenkonzert. 8,15: Wettervorhersage. 10,10—10,40: Schulfunk für Berufsschulen. 11,15: Zeit, Wetter, Presse, Wasserstand. 11 30: Wettervorhersage; 15 Minuten für die Landwirtschaft. 11,50. Konzert. 13,05: Wettervorhersage; Mittagskonzert. 13,45: Zeit, Wetter, Presse, Börse. 14,05: Mittagskonzert. 14,45: Werbedienst mit Schallplatten. 15 10: Landwirtschaftl. Preisbericht, Börse, Presse. 15,40: Kinderfunk. 16,10 Jugend musiziert. 17,30: Landwirtschaftlicher Preisbericht; das Buch des Tages. 17,50: Der zweifache Othello. 18,20: Der Zeitdienst berichtet. 19: Reden zur geschichtlichen Situation. 19,30: Wettervorhersage; Abendmusik. 20,30: Reichssendung Baden. 22: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,20: Aufführungen des Schlesischen Landestheater. 22,35: Zu Unterhaltung und Tanz.

Senkung der Realsteuerzuschläge für das Rechnungsjahr 1932

Laut Beschluß der städtischen Körperschaften vom 13. September / 10. Oktober 1932 sind die für das Rechnungsjahr 1932 festgesetzten Realsteuerzuschläge wie folgt gesenkt worden:

a) bei der Grundvermögensteuer vom landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Grundbesitz von 2 0 % auf 18 %,
b) bei der Gewerbesteuer nach dem Ertrage von 34 % auf 289 %,
c) bei der Gewerbesteuer nach dem Kapital von 680 % auf 578 %.

Die Senkung der Zuschläge ist dadurch ermöglicht worden, daß die Reichsregierung den durch die Senkung ausfallenden Betrag des Aufkommens im Rahmen der Osthilfe für die notleidenden Gebiete des Ostens zu Verfügung gestellt hat.

Namslau, den 15. November 1932.

Der Magistrat.
Dr. Lober.

Namslauer Lichtspiele Grimm's Hotel.

Heut, Montag, 8 Uhr letzte Vorführung

„Der Hexer".

Giesdorf.

Zu dem am **Mittwoch, den 23. November 1932** stattfindenden

Enten-Abendbrot

ladet freundlichst ein

Kubis, Gastwirt.

Oscar Tietze
Germania-Drogerie.

2–3000 RM.

evtl. mehr, zur Ablösung von Bankgeld gesucht. Zinsen nach Vereinbarung.

Off unter L. 115 an die Geschäftsst. des Stadtblattes.

Verkaufe

2 gebrauchte
Ackerwagen
und eine
Siedemaschine.
Bernstadt, Briegerstraße 14.

Wohnung

bestehend aus 4 Zimmern, Küche und Beigelaß (Erdgeschoß) zum 1 Dezember 1932 zu vermieten.

Anfrag. unt. L. 114 an die Geschäftsst. des Stadtblattes.

Motoren- u. Autoöl
Veloxol, Gargoeyle
Castrol, Shell-Oele
zu Original-Fabrikpreisen
Wagen- und Maschinenfett.
Oscar Tietze
Germania-Drogerie.

1 Kuh
mit Kalb
steht zum Verkauf.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Stadtblattes.

Werbt für das Namslauer Stadtblatt.

Leichners Fettpuder
Pallabona Puder
Scherks Mysticum Compakt
Toska Compact
Khasana Superb
Leichners Schminken
in allen Farben
Puderquasten.

Oscar Tietze
Germania-Drogerie.